

Mitteilungen aus dem Bundestag | DR. PANTAZIS berichtet - 19.12.2023

Liebe Freundinnen und Freunde, Liebe Unterstützerinnen und Unterstützer, Liebe Braunschweigerinnen und Braunschweiger,

bevor ich mit dem Bericht von der ersten Sitzungswoche im noch jungen Jahr 2024 beginne, möchte ich dringlichst auf die morgige Kundgebung in Braunschweig aufmerksam machen!

In Anbetracht der aktuellen Enthüllungen durch die Correctiv-Recherche müssen wir gemeinsam ein starkes Zeichen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und völkische Deportationsphantasien setzen. Viele Städte haben es bereits vorgemacht, nun liegt es an uns Braunschweigerinnen und Braunschweiger, Haltung und Anstand zu zeigen und für unsere Demokratie aufzustehen.

Am Samstag, dem 20.01.2024, findet daher um 14:00 Uhr auf dem Schlossplatz vor der Bibliothek in Braunschweig eine Kundgebung gegen die rechtsextreme Ideologie und die Deportationspläne der "AfD", Werteunion und weiterer rechter Akteure statt.

Es ist das Gebot der Stunde, uns klar GEGEN jegliche Form von Rassismus, Diskriminierung und Angriffen auf Grund- und Menschenrechte auszusprechen und FÜR eine gemeinsame offene, inklusive, demokratische Gesellschaft einzusetzen. Wer das für die Zukunft unserer Stadt und Region will, muss jetzt Aufstehen und Haltung zeigen.

Kein Fußbreit dem Faschismus - nie wieder ist jetzt! Für ein solidarisches Deutschland und eine selbstbewusste Demokratie. Für Respekt, Gleichheit und Vielfalt!

Ich zähle auf Euch • Wir sehen uns morgen!

Euer Kitto



#Correctiv • Erklärung von 25 Bundestagsabgeordneten mit Einwanderungsgeschichte

Als deutscher Staatsbürger und griechisches Gastarbeiterkind haben mich die Enthüllungen der Correctiv-Recherche bis ins Mark erschüttert. Zugleich haben sie mir auch ganz deutlich erneut vor Augen geführt, wie gefährlich die AfD, die WerteUnion und Ihre Anhänger für unser Land und Heimat sind.

In einem Zusammenschluss aus Mitgliedern des Bundestags der SPD-Bundestagsfraktion mit familiärer Einwanderungsgeschichte haben wir am Mittwoch gemeinsam das nachfolgende **Statement** herausgegeben:

"Die Erkenntnisse der Corrective-Recherche haben uns ins Mark getroffen und Ängste und Unsicherheiten in der Bevölkerung bestätigt und verstärkt. Insbesondere wir, die eine familiäre Einwanderungsgeschichte haben, machen uns ernsthafte Gedanken über die Sicherheit und die Zukunft in diesem Land. Diesen bedrohlichen Entwicklungen dürfen wir nicht tatenlos zusehen. Viele Menschen in diesem Land spüren: Es geht um nicht weniger als Demokratie, Freiheit und Leben. Wir stehen zusammen, bleiben hier und lassen uns nicht vertreiben!

Wir fordern ein entschlossenes Handeln gegen rechtsextreme Bestrebungen. Wir setzen uns für die Prüfung eines Parteiverbotsverfahrens gegen die AfD, insbesondere in Hinblick auf die Landesverbände, die als gesichert rechtsextrem gelten. Uns ist bewusst, dass ein Parteiverbotsverfahren gegen die AfD alleine nicht die Lösung für Demokratie- und Menschenfeindlichkeit sein kann. Auch darüber hinaus muss es konkrete und spürbare Konsequenzen haben, wenn unsere demokratischen Grundwerte bedroht werden. Hass ist keine Meinung. Faschistische Bestrebungen sind ein Fall für den Verfassungsschutz und die Strafverfolgungsbehörden.

Der Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir rufen dazu auf, diesen Kampf gemeinsam zu führen. Es geht um den Schutz unserer Demokratie, unserer Freiheit und Vielfalt. Lasst uns gemeinsam für ein solidarisches Deutschland und eine selbstbewusste Demokratie einstehen."



Botschaften der Woche

Wir brauchen einen Aufstand der Anständigen

Laut einem Bericht des Recherchenetzwerks Correctiv haben sich AfD-Vertreter:innen im vergangenen November mit Rechtsextremen und Identitären getroffen, um Pläne für eine massenhafte Ausweisung von Migrant:innen und auch deutschen Staatsbürger:innen zu erörtern. Das Vorgehen der AfD erinnert an die dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte: Da treffen sich AfD-Politiker:innen mit anderen gefährlichen Rechtsextremen und Geldgebern, um eine Massenausweisung von Migrant:innen zu planen - und das ausgerechnet in Potsdam.

Das ist zutiefst verstörend und geschichtsverhöhnend. Rechtsextremismus in Reinform. Zudem ist es auch ganz klar **verfassungswidrig**. Und es zeigt, worauf wir

schon lange verweisen: Die AfD versteckt unter dem Mantel der Bürgerlichkeit tiefe braune Abgründe.

Wir brauchen einen Aufstand der Anständigen in der gesamten Republik gegen den massiven Rechtsruck, der derzeit im Land stattfindet. In- und vor allem auch außerhalb der Parlamente. Das Gebaren der AfD und ihre Verstrickungen in rechtsextreme, rassistische Netzwerke werden wir diese Woche im Bundestag zum Thema machen. Es braucht eine klare, gemeinsame politische Ächtung der unsäglichen rechtsradikalen Bestrebungen durch alle demokratischen Parteien.

Widerwärtige und rassistische Massenausweisungspläne brauchen den Widerstand der anständigen Mehrheit im Land. Allen Menschen, deren Heimat Deutschland geworden ist, die unsere Verwandten, Freund:innen, Kolleg:innen, Nachbar:innen und Vereinsfreund:innen sind, rufen wir zu: Deutschland ist unser gemeinsames Land! Lasst uns dafür einstehen, dass es so bleibt.



Staatsangehörigkeitsrecht: Ihr gehört dazu!

Während rechte Netzwerke widerwärtige Deportationspläne entwickeln, setzen wir mit unserem **novellierten Staatsangehörigkeitsrecht** ein starkes Signal an die Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte in unserem Land: **Ihr gehört dazu!**

Die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts ist ein wesentliches Fortschrittsvorhaben der Ampel-Koalition. Ein modernes Einwanderungsrecht ist nötig, um unserer vielfältigen Gesellschaft und unserem modernen Land gerecht zu werden. Wir brauchen es für die Menschen mit Einwanderungsgeschichte: In vielen gesellschaftlichen Bereichen politisch nicht mitgestalten zu dürfen, ist ein klares Integrationshemmnis. Das beheben wir, indem wir gut integrierten Menschen früher die deutsche Staatsbürgerschaft ermöglichen. Und dies ohne, dass sie ihre Wurzeln verleugnen müssen, denn Mehrstaatigkeit lassen wir künftig grundsätzlich zu.

Zu lange hat die Gastarbeitergeneration darauf warten müssen: Ihre Lebensleistung erkennen wir nun explizit an. Wir brauchen ein modernisiertes Staatsangehörigkeitsrecht aber auch für gebürtige Deutsche, damit auch sie künftig eine weitere Staatsbürgerschaft erhalten können. Das ist in vielen anderen Ländern bereits gelebtes Recht.

Mit einem modernisierten Staatsangehörigkeitsrecht und der damit verbundenen Möglichkeit, sich hier schneller und nachhaltiger zu integrieren, verbessern wir auch unsere Stellung im globalen Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte. Denn unsere wirtschaftliche Entwicklung und unser Wohlstand hängen vom Gewinn dringend benötigter Arbeitskräfte auch aus dem Ausland ab. Klar ist dabei immer: Rassismus, Antisemitismus oder jede andere Form von Menschenfeindlichkeit stehen einer Einbürgerung entgegen - da gibt es keinerlei Toleranz!



Wertschöpfung und Wertschätzung für Landwirt:innen

Wir setzen uns dafür ein, dass die Landwirtschaft in Deutschland eine gute Zukunft hat. Gesunde Lebensmittel bilden die Grundlage unseres Lebens, und es ist wichtig, dass sie auch den Landwirt:innen eine sichere Lebensgrundlage bieten.

Unser Ziel ist es, den Landwirt:innen eine höhere Wertschöpfung und Wertschätzung zukommen zu lassen und die Landwirtschaft tier-, klima- und umweltgerechter zu gestalten. Die Landwirtschaft spielt eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels und dem Erhalt der Artenvielfalt. Wir halten am bereits eingeleiteten Transformationsprozess hin zu mehr Nachhaltigkeit fest. Um langfristig planen zu können, benötigen Landwirt:innen verlässliche Förderund Beratungsstrukturen. Die Empfehlungen der Borchert-Kommission und der Zukunftskommission Landwirtschaft zeigen Wege auf, wie Tierhaltung und Landwirtschaft zukunftsfester und nachhaltiger gestaltet werden können.

Wir setzen uns für eine Langfristfinanzierung für den tierwohlgerechten Stallumbau ein, beispielsweise durch die Einführung eines Tierwohlcent. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) soll so ausgerichtet werden, dass landwirtschaftliche Betriebe stärker für ihre Klima- und Umweltleistungen entlohnt werden und nicht pauschal für ihre Flächengröße subventioniert werden.

Mehr Fairness in der Wertschöpfungskette ist uns ein Herzensanliegen. Unsere Landwirt:innen benötigen insgesamt eine bessere Marktstellung. Wir setzen uns für mehr Schutz vor unfairem Verhalten durch den marktmächtigen Lebensmittelhandel ein. Preise unter den Produktionskosten sollen der Vergangenheit angehören. Die bereits vorgesehene Ombudsstelle sollte nicht nur als unabhängige Beschwerdestelle fungieren, sondern auch die Preise beobachten und dokumentieren dürfen.

Die **Regelung des Kaufs landwirtschaftlicher Flächen** soll so gestaltet werden, dass sie für nicht-landwirtschaftliche Investor:innen unattraktiver wird.



Rückführungen verbessern

Vor allem in der heutigen Zeit ist für mich klar: Wer Schutz braucht, soll ihn erhalten! Das **Recht auf Asyl** ist nicht verhandelbar. Wer aber kein Anrecht auf Asyl hat, wird zurückgeführt. Das muss konsequent und effizient geschehen, insbesondere bei Rückführung von Straftäter:innen und Gefährder:innen. Deswegen haben wir heute im Bundestag nach langer, intensiver Beratung das **Rückführungsverbesserungsgesetz** verabschiedet.

Mit weiteren Maßnahmen sollen ferner auch **Ausländerbehörden entlastet** werden, darunter eine längere Gültigkeitsdauer von Aufenthaltserlaubnissen für subsidiär Schutzberechtigte und Erleichterungen bei Arbeitsverboten erzielt werden.

Auch stellen wir klar: Die **Rettung Schiffbrüchiger** ist von der Strafbarkeit für Schleusungen ausgenommen.



Vom Parteivorstand bis zur Genomsequenzierung: Ein Blick in meine ereignisreiche Woche

Die erste Sitzungswoche im Deutschen Bundestag liegt hinter uns. In dieser Woche fanden wieder einige Gespräche und Treffen statt. Hier eine Auswahl der Highlights meiner Woche.

Gleich am Montag besuchte ich die Tagung des Länderrats und des Parteivorstands im Willy-Brand-Haus in Berlin, wo die Vorbereitung für die Europadelegiertenkonferenz im Fokus stand. Zwei zentrale Beschlüsse prägten die Diskussion: die Verabschiedung des Antrags für das Europawahlprogramm und die Festlegung der Reihenfolge der Kandidatinnen und Kandidaten auf den Wahllisten.

Am Mittwoch nahm ich gemeinsam mit meinen Kolleginnen Gabriele Katzmarek und Dr. Holger Becker an einer spannenden "Labtour" im Solution Center der Illumina GmbH teil. Dabei erhielten wir einen detaillierten Einblick in die Genomsequenzierung - von der Probe bis zu den Daten.

"Wie retten wir unsere seelische Gesundheit? - Traumabewältigung nach Kriegserlebnissen, Vertreibung und häuslicher Gewalt." Diese Fragestellung stand am Donnerstag beim "Talk im Medienhaus" in Braunschweig im Mittelpunkt. Hier nahm ich an der Podiumsdiskussion teil und tauschte mich mit wichtigen Akteuren aus der Wissenschaft, Zivilgesellschaft und des Gesundheitswesens über die gesellschaftlichen Herausforderungen von seelischen Erkrankungen aus.

Ich blicke auf eine ereignisreiche Woche zurück und freue mich auf viele weitere Termine im kommenden Jahr, die meine politische Arbeit weiter bereichern werden.



Jacob berichtet aus dem Bundestag

Liebe Braunschweigerinnen und Braunschweiger,

mein Name ist **Jakob Engel**, ich habe Sozialwissenschaften in Braunschweig studiert (gebürtiger Hannoveraner) und absolviere nun ein vierwöchiges Praktikum bei Kitto, um einen Einblick in die politische Praxis zu gewinnen.

In der vergangenen Woche konnte ich bereits das Team in Berlin kennenlernen, die verschiedenen Gebäude des Bundestages besichtigen und natürlich die Vorzüge der Bundestagskantine genießen.

Da es sich um eine Sitzungswoche handelte, war entsprechend viel los, und ich konnte bereits viele interessante Eindrücke sammeln. Ein Highlight war der Besuch des Ausschusses für Gesundheit am Mittwoch. Hier erhielt ich Einblicke in die Arbeitsweise eines Ausschusses, die Atmosphäre zwischen den Parlamentariern verschiedener Fraktionen und die Themen, über die der Gesundheitsausschuss debattiert.

Auch am Donnerstag erwartete mich mit der ersten Veranstaltung des Praktikantenprogramms der SPD-Bundestagsfraktion ein spannendes Ereignis.

Gemeinsam mit Helmut Kleebank sprachen wir über die Chancen und Herausforderungen der SPD in Ostdeutschland und hörten seine Einschätzungen zu diesem derzeit wichtigen Thema.

Insgesamt war es also eine ereignisreiche Woche, und ich freue mich auf die kommende Zeit hier in Berlin.

Viele Grüße und bis zur nächsten Sitzungswoche, Jakob



"Mitteilungen aus dem Bundestag | DR. PANTAZIS berichtet" erhebt - wie immer - nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Wenn du Fragen, Anregungen oder Kritik haben solltest, zögere bitte nicht, mich telefonisch unter Tel.: +49 531 4809 822 | Fax.: +49 531 4809 850, per Mail unter christos.pantazis@bundestag.de oder postalisch unter Wahlkreisbüro DR. PANTAZIS MdB | Schloßstraße 8 | 38100 Braunschweig zu kontaktieren.

Herzliche Grüße

Dein

Dr. Christos "Kitto" Pantazis